



Regionalbauernverband
Kurhessen e.V.

**Wir begleiten die
Ampelparteien durch
das Jahr**

**Unsere
Kernforderungen an die
Bundesregierung**

„Zu viel ist zu viel!“

Unter diesem Motto gehen seit Dezember Landwirtinnen und Landwirte in ganz Deutschland auf die Straße und demonstrieren für den Erhalt ihrer Betriebe. Die nach wie vor unveränderten Pläne zur Streichung der steuerlichen Rückerstattung für den Agrardiesel haben zu einem nahezu vollständigen Vertrauensverlust der Bäuerinnen und Bauern in die Bundesregierung geführt.

Wir nehmen die Beibehaltung der derzeitigen Kfz-Steuerbefreiung für die land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeuge positiv zur Kenntnis. Dennoch stößt nach wie vor die Weigerung der Bundesregierung, eine tragfähige Lösung, nicht nur für den Agrardieselerhalt, auf völliges Unverständnis. Nachzeitigem Stand müssen deutsche landwirtschaftliche Betriebe in spätestens drei Jahren mit dem höchsten Steuersatz für Diesel in der EU Lebensmittel produzieren, ohne dass eine Alternative für den Umstieg auf andere Antriebsarten existiert. Damit entzieht die Bundesregierung unserer heimischen Landwirtschaft jegliche Wettbewerbsfähigkeit.

Die derzeitige Haltung der Bundesregierung lässt aus Sicht der Landwirtinnen und Landwirte nur den Schluss zu, dass ein Rückbau des Landwirtschaftsstandortes Deutschland billiger in Kauf genommen wird- und damit auch jegliche Bekenntnisse zur heimischen Landwirtschaft kaum als glaubwürdig einzustufen ist.

Unsere Betriebe brauchen echte Lösungen, nicht nur leere Lippenbekenntnisse. Und das möglichst schnell. Die Zeit des Aussitzens und Abwartens ist vorbei. Angesichts der enormen geopolitischen, klimatischen und strukturellen Herausforderungen, vor denen Wirtschaft, Gesellschaft und insbesondere die Landwirtschaft in Deutschland stehen, bedarf es aus unserer Sicht dringend folgende Schritte, um eine wettbewerbs- und zukunftsfähige Landwirtschaft wiederherzustellen:

1. Eine für die Landwirtschaft tragfähige Lösung beim Agrardiesel

Auch der verlangsamte Wegfall der Agrardieselbeihilfe ändert nichts an unseren Forderungen, den Kürzungsvorschlag zurückzunehmen. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbereichen, in denen auf Lohnerhöhung oder Arbeitszeitentlastung gedrängt wird, kämpft die Landwirtschaft darum, erhebliche zusätzliche Belastungen abzuwenden, denen keinerlei Entlastungen entgegenstehen.

2. Steuerliche Entlastungen und Maßnahmen zur Stärkung des einzelbetrieblichen Risikomanagements

Keine andere Branche in Deutschland unterliegt so stark schwankenden Witterungsbedingungen wie die Landwirtschaft. Hinzu kommt ein volatiler Weltmarkt, der in den Betrieben für erheblich schwankende Gewinne sorgt. Um steuerlich relevante Gewinnschwankungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe in Folge von Wetter- und Marktrisiken zu minimieren, sind die Einführung einer Risikoausgleichsrücklage und die Wiedereinführung der Gewinnglättung entscheidende Instrumente. Die finanzielle Sicherheit muss in Zeiten von Wetterextremen und instabiler Weltmärkte für unsere Betriebe gesichert sein.

3. Steuerbefreiung für den Einsatz nicht fossiler Kraftstoffe in der Landwirtschaft

Derzeit gibt es keine Alternative zum Verbrennungsmotor. Die Begrifflichkeit „klimaschädliche Subvention“, die als Begründung für die Streichung der Agrardieselbeihilfe herangezogen wird, ignoriert, dass der Verbrennungsmotor in der Landwirtschaft bis auf absehbare Zeit alternativlos ist. Gleichzeitig sind die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung von alternativen



Biokraftstoffen in der Land- und Forstwirtschaft gegenwärtig völlig unattraktiv und schließen den Gebrauch faktisch gänzlich aus.

4. Einen zügigen Auflagenabbau für die Landwirtschaft in Verbindung mit einem Programm zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Binnenmarkt.

Die Auszahlung der Flächenprämie über den sog. Gemeinsamen Antrag sowie die Agrardieselbeihilfe sind keine Subventionen im klassischen Sinne, sondern eine Art Lastenausgleich, mit dem der deutsche Steuersatz auf den Durchschnitt der EU gebracht und andere Nachteile im Wettbewerb ausgeglichen werden sollen. Denn: Europaweit gibt es eine große Spannbreite der Agrardieselbesteuerung. Kürzungspläne schwächen die deutsche Landwirtschaft im europäischen Vergleich und sorgen für Wettbewerbsverzerrungen. So ist es für den Lebensmitteleinzelhandel heute schon günstiger, Schweinefleisch aus dem europäischen Ausland zu beziehen als von Landwirten vor Ort. Und das auch noch unter deutlich schlechteren Bedingungen. Denn kein Land in der EU hat so hohe Tierwohl- und Verarbeitungsstandards wie Deutschland.

5. Eine ernst gemeinte und wirksame Initiative zur Entbürokratisierung auf nationaler und europäischer Ebene

Vorschriften und Maßgaben sind wichtig, sie müssen aber auch nachvollziehbar sein. Die Flut an bürokratischem Aufwand ist für einen Betriebsleiter alleine heute kaum noch zu bewältigen, ebenso kommen Kontrollbehörden und Berater an ihre Grenzen. Wir brauchen keine neuen Vorschriften sondern eine praxisnahe und maßvolle Überarbeitung bestehender Regelungen. Das derzeitige Regelwerk ist oftmals so kleinteilig, dass eine Nachvollziehbarkeit nicht mehr gegeben ist. Die Erstellung einer Stoffstrombilanz ist hier nur ein Beispiel, das schlichtweg als „Papiertiger“ bezeichnet werden kann. Landwirte und Kontrolleure sind überfordert, gleichzeitig wird das Regelkorsett immer enger und immer weniger nachvollziehbar.

6. Eine praxisnahe Überarbeitung des Tierschutzgesetzes

Tierhalter sorgen sich im Allgemeinen um das Wohl ihrer Tiere und sorgen für eine adäquate Haltung auf den landwirtschaftlichen Betrieben. Mit der geplanten Änderung des Tierschutzgesetzes, nach der Kälber künftig nur noch mit einer Lokalanästhesie durch einen Tierarzt betäubt werden dürfen, stellt sich jedoch erneut die Frage, ob der Abbau der Tierhaltung in Deutschland durch die Bundesregierung aktiv vorangetrieben wird. Warum reicht die bisherige Pflicht zur Sedierung nicht aus, wenn wir doch ohnehin nicht mehr ausreichend Tierärzte haben? Der Entwurf des Gesetzes zeigt unserer Ansicht nach insgesamt ein großes Misstrauen des Staates gegenüber der Wirtschaft.

Angesichts des von Teilen in Frage gestellten demokratischen Zusammenhaltes ist es entscheidend, dass wir als überzeugte Europäer und Demokraten zusammenstehen. Wir verteidigen aktiv unsere Werte, **streiten um die Sache und wahren klare Distanz zu jeglicher Radikalisierung**. Gleichzeitig ist eine **Politik notwendig, die praxisorientierte Vorschläge aufgreift und diese Expertise verstärkt in die Gesetzgebung integriert**. Nur so können wir die Zukunft mit praxistauglichen Maßnahmen gestalten und das Vertrauen in die Politik wiederherstellen.

Der breite **gesamtgesellschaftliche Zuspruch für unser Anliegen verdeutlicht die dringende Notwendigkeit politischen Handelns**. Die Kürzungspläne des Agrarhaushaltes sind dringend zu überdenken und zu verwerfen. Gerade in unsicheren Zeiten bildet unsere **Branche einen wesentlichen Grundpfeiler für Wohlstand und Stabilität**. Es ist sehr gefährlich, diese in seinem Kern zu erschüttern. Ein trotz gesamtgesellschaftlich getragener Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft



nicht angepackter Umbau der Tierhaltung, viele offene Fragen bei der Klimafolgenanpassung oder größte Planungsunsicherheit für sich weiterentwickelnde Betriebe sind Beispiele einer ernüchternden Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition. **Der Sektor braucht konkrete Umsetzungspläne von längst beschlossenen Wegen und keine Belastungen**, die den Betroffenen alles andere als Wertschätzung vermittelt.

Sehr geehrter Herr Dr. Hofreiter, die Landwirtschaft braucht jetzt dringend ein spürbares Zeichen des Entgegenkommens. Mit echten Lösungen.



Norbert Klapp
Vorsitzender

Homburg, 29.02.2024

